

Nach USR-III-Debakel Steuern für Unternehmen abschaffen!

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) suggerierte uns in den letzten Jahren, dass sie mit der «Base Erosion and Profit Shifting»-Initiative (BEPS) die Steuerumgehung von international tätigen Konzernen unterbinden und dadurch eine faire Besteuerung herbeiführen könne.

Basierend darauf wurden Standards für das sogenannte Country-by-Country Reporting (CbCR), das heisst die länderbezogene Berichterstattung, ausgearbeitet, welche mehr Transparenz für konzerninterne Verrechnungspreise versprechen. Die Schweiz hat sich diesem internationalen Druck gebeugt und wollte ihr Steuersystem mit der nun vom Volk abgelehnten Unternehmenssteuerreform III und internationalen Abkommen zum Informationsaustausch an die neuen Gegebenheiten und Anforderungen anpassen.

Bestehende Steuerkonzepte erfassen die Wirtschaft nicht mehr richtig

Es spricht jedoch vieles dafür, dass bald eine tiefgreifendere Steuerreform notwendig sein wird – nicht nur wegen des Debakels am vergangenen Sonntag. Vor allem entwickelt sich die Wirtschaft durch die Digitalisierung der Wertschöpfungskette – Stichwort Industrie 4.0 – in eine Richtung, welche sich mit bestehenden Besteuerungskonzepten und auch mit BEPS bald nicht mehr erfassen lässt.

Ich nenne dies die «Unternehmenssteuerreform 4.0». Und ich plädiere für eine komplette Abschaffung der Unternehmenssteuern. Und zwar aus folgenden drei Gründen:

1. Die OECD hat sich von der konsensorientierten, liberalen Marktwirtschaftsorganisation zum Erfüllungsgehilfen hochverschuldeter Grossnationen entwickelt. Sie schliesst unter dem Deckmantel der Fairness den Steuerwettbewerb zwischen den Staaten aus und raubt diesen ihre finanzielle Souveränität.

Damit wird aber die Verteilung der Steuern nicht fairer, sondern willkürlicher. Steuern und Abgaben steigen, ohne dass sich dabei die Qualität der Staatsdienstleistungen verbessert. Regulierung und Bürokratie nehmen zu, die Beamtenapparate bauen ihre Macht aus. Wirtschaftswachstum wird im Keime erstickt, die Schattenwirtschaft wächst.

2. Die Wertschöpfungskette von Industrie 4.0 wird sich jedoch derart verändern, dass die bekannten Besteuerungsregeln bald nicht mehr greifen. Diese Regeln sehen vor, dass Gewinne dort besteuert werden sollen, wo die für die Wertschöpfung relevanten Funktionen physisch durch Mitarbeiter ausgeübt werden – also am Firmensitz oder in den diversen Betriebsstätten.

Das ist ein System von gestern, welches schon mit der Realität von heute seine liebe Mühe hat. Für die Zukunft wird es aber unbrauchbar sein, da sich Wertschöpfungsfunktionen nicht mehr so einfach örtlich zuordnen lassen: Die Unternehmen der Zukunft werden ohne Firmensitz dezentral geführt.

Transaktionen werden anonym, aber transparent auf einem dezentralen Netzwerk, der sogenannten Blockchain, abgewickelt, ohne dass das



Thomas Linder
Eidg. dipl.
Steuerexperte,
Partner MME Tax

«Ein rigoroser Systemumbau ist volkswirtschaftlich sinnvoller als die ineffiziente Regulierungswut.»

Unternehmen einen eigenen Server betreiben muss. Forscher werden auf globaler Ebene am gleichen Projekt arbeiten können, ohne dass eine eigene Laborinfrastruktur notwendig sein wird. Roboter werden Teile zusammenbauen, ohne dass ein Mitarbeiter eingreifen muss. 3D-Printer können beim Kunden vor Ort Produkte herstellen, ohne dass eine Fabrik erstellt werden muss. Und Kunden können über das Internet Dienstleistungen und Waren beziehen, ohne dass ein Ladenlokal bestehen muss.

Kurz: Unternehmerische Funktionen sind in Zukunft nicht mehr ortsgebunden. Eine länderbezogene Berichterstattung – und eine entsprechende Besteuerung – wird unter diesen Umständen nur noch schwer möglich sein.

3. Schliesslich ist die Berechtigung der Unternehmensbesteuerung ganz grundsätzlich zu hinterfragen. Unternehmen sind nämlich rein rechtliche Konstrukte, welche selber ohne menschliches Zutun gar nicht handlungsfähig wären.

Ohne Gründer würde das Unternehmen gar nicht bestehen. Ohne Geschäftsleitung könnte es nichts entscheiden. Ohne Kapitalgeber könnte es seine Visionen nicht umsetzen. Ohne Mitarbeiter würde es nichts Produktives erarbeiten. Und ohne Kunden könnte es nichts verkaufen.

Kurz gesagt: Der Staat besteuert ein Subjekt, welches von Personen geführt und betrieben wird, die selber bereits besteuert werden. Dies führt zu einer Doppelbesteuerung und ist volkswirtschaftlich ineffizient. Zumal auch die Unternehmenssteuern schliesslich von den natürlichen Personen getragen werden müssen – überwälzt auf reduzierte Dividenden, tiefere Löhne oder höhere Preise. Wäre es da nicht klüger, nur die natürlichen Personen zu besteuern? Den Eigentümer auf seine Dividenden, den Geschäftsführer auf seine Bezüge, den Kapitalgeber auf seine Zinsen, den Mitarbeiter auf seinen Lohn und den Kunden auf seinen Konsum – durch die Mehrwertsteuer.

Einbehaltene, wieder investierte Gewinne der Unternehmen blieben steuerfrei. Für die Nutzung der lokalen Infrastruktur wären selbstverständlich die erforderlichen kostendeckenden Gebühren zu leisten.

Firmen dort ansiedeln, wo die besten Leute sind und nicht die Steuern tief

Der Firmensitz bliebe dabei irrelevant. Die unternehmerische Tätigkeit würde dann wieder dort ausgeübt, wo die besten Mitarbeiter für die betreffende Funktion zu finden sind – und nicht am Standort mit den tiefsten Steuern.

Dies würde für mehr Wertschöpfung sorgen und wiederum Arbeitsplätze schaffen, was aus staatlicher Sicht der Primärnutzen von Unternehmen sein sollte. Global umgesetzt würden damit BEPS, CbCR und andere multilaterale Regulierungsbestrebungen obsolet.

Trotz dem Risiko, dass meine eigene Jobsicherheit damit rapide sinkt, fordere ich daher die Abschaffung der Unternehmenssteuern im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 4.0. Ein rigoroser Systemumbau ist volkswirtschaftlich sinnvoller als die ineffiziente Regulierungswut, diktiert von undurchsichtigen bürokratischen Organisationen mit bedenklicher demokratischer Legitimation.

MEHRWERT (4)

Bitte mehr 50 plus für 50 plus

ELKE ZAPPE

Loss nicht zu früh aufs Altenteil – das ist der Tenor vieler Studien, die sich mit dem Thema Alter und Berufsleben befassen. Die Realität im Arbeitsmarkt sieht freilich anders aus. Auch in der Schweiz steigt das Risiko, mit über fünfzig Jahren entlassen zu werden. Gleichzeitig beklagen viele Unternehmen den Fachkräftemangel. Das grosse Potenzial bestens ausgebildeter und erfahrener Mitarbeitender über fünfzig wird dabei komplett ausgeblendet. Wie passt das zusammen? Obwohl 90 Prozent der Chefs über fünfzig sind, trauen sie es den über fünfzigjährigen Mitarbeitenden nicht zu, einen guten Job zu machen.



Die Wissenschaft ist an dieser Stelle weiter. Ältere Mitarbeitende sind so effizient wie jüngere, sie lernen genauso schnell, sind oft loyaler und motivierter – so das Ergebnis der aktuellen Studie «Arbeiten an der UZH nach 65?». Das ist gut so, denn wir brauchen sie, die Mitarbeitenden 50 plus. Der Altersdurchschnitt der erwachsenen Bevölkerung liegt heute

schon bei 48 Jahren. In den meisten Branchen ist auch mehr als die Hälfte der Kunden schon über 50. Deren spezifischen Ansprüchen müssen wir in Produktentwicklung, Produktion und Verkaufsberatung entsprechen.

«Das Gros der Kunden ist älter als fünfzig Jahre.»

Manche Unternehmen haben diese Ansprüche erkannt. Eine der grössten Kosmetik-Detailhandelsketten setzt bewusst auch ältere Kundenberaterinnen ein. «Wer soll eine 60-jährige Kundin im Kosmetikgeschäft zu ihren Hautproblemen beraten? Eine 22-jährige Verkäuferin wäre nicht sehr glaubwürdig», so der Inhaber des Unternehmens. Auch hinsichtlich Fertigungsqualität punkten Mitarbeitende 50 plus. Unternehmen der Autoindustrie setzen sie gezielt ein, um besonders hohe Qualitätsstandards in der Fertigung zu erzielen (zum Beispiel Audi bei der Herstellung des Audi R8).

Das Bild beginnt sich zu drehen und es ist mehr als sinnvoll, diese Trendwende mitzugestalten. Denn: Wir brauchen sie, die Senioren-Mitarbeitenden. Weil sie ein lebenslang erworbenes Know-how mitbringen, die Bedürfnisse und Erwartungen gleichaltriger Kunden besser kennen, die Sprache ihrer Kunden sprechen und oft glaubwürdiger sind.

Elke Zappe Inhaberin EZ Business Development, Vorstandsmitglied Verband Frauenunternehmen.

DIALOG



HZ Nr. 6 9.2.2017

«Debatte über das USR-III-Referendum»
«Whole nations can make mistakes» – neuerdings scheint das weltweit häufiger zu passieren. Die Schweiz schien immer ein Gegenbeispiel dank gebildeter und politisch engagierter Bevölkerung. Und nun das. Man kann ja unterschiedlicher Meinung sein. Vielleicht war die Gegenfinanzierung wirklich zu risikobehaftet. Vielleicht waren einige Elemente der

vorgeschlagenen Reform nicht sinnvoll. Nur ist diese Diskussion eben nicht das Hauptthema. Es geht hier darum, dass der Status quo nicht länger haltbar ist. Eine Veränderung der Unternehmenssteuern ist zwingend. Sie wird auch kommen, aber nun wahrscheinlich nicht als Gesamtpaket, sondern als Folge von reaktiven Massnahmen, um Sanktionen der Haupthandelspartner zu vermeiden. Herr Barmettler hat recht – Unsicherheit ist Gift für die Konjunktur. Wieland Nötzold



HZ Nr. 6 9.2.2017

«Die Zukunft des E-Commerce»
Der Handel in den USA und Europa stagniert – #amazon wächst um 25 Prozent und ist das Mass aller Dinge #ecommerce #retail @Handelszeitung. Andy Baldauf @AndyBaldauf

HZ Nr. 6 9.2.2017

«Diskussion über die Arbeitslosenquoten»
Saisonbereinigt verharrt die Arbeitslosenquote aber

seit April 2016 bei 3,3 Prozent @Handelszeitung: Die Schweizer Arbeitslosenquote ist im Januar auf 3,7 Prozent gestiegen. Marco Brüttsch @MarcBruettsch

HZ Nr. 6 9.2.2017

«Kaloka versucht es auf dem Zürcher Markt»
Post-Markt #Kaloka startet in Zürich via @Handelszeitung. Pirmin Schmid @schmidpi



HZ Nr. 6 9.2.2017

«Die Ökonomie der Zuwanderung»
Wir spielen ebenfalls mit dem Gedanken, das Land zu verlassen, sind aber eine Schweizer Familie. Uns wird es hier viel zu eng und als Mittelstandsfamilie fühlen wir uns nicht mehr vertreten. Die Schweiz, welche ich kannte und schätzen gelernt habe, gibt es nicht mehr. Die Zukunftsperspektiven von Europa sehen wir sogar als gefährlich an für unsere Familie, die

Politik hat die Situation einfach nicht mehr im Griff und kann unsere Sicherheit nicht mehr garantieren. Wirtschaftlich geht es der Schweiz gut, weil alle Schotten geöffnet wurden – zieht man das Wachstum, welches durch Zuwanderung und Tiefsteuerinvestitionen entsteht, ab, haben wir seit vielen Jahren kein Wachstum und ein sinkendes BIP pro Kopf. Sandro Studer

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel